

## Franzwalter Nieten

### Gemeinde in der Auseinandersetzung mit Profitopolis

*In Heft 2, 1973 (S. 117–124) wurde die Situation einer Großstadt als „Profitopolis“ mit allen Problemen und Belastungen für die Menschen sowie die Verantwortung der christlichen Gemeinden, an der Lösung der Probleme, an der Bewußtseinsbildung und am konkreten gesellschaftlichen Engagement mitzuwirken, eindrucksvoll dargestellt. Im folgenden soll nun geschildert werden, wie sich eine Gemeinde in der Frankfurter Innenstadt konkret mit Profitopolis auseinandersetzt, wie sie den betroffenen Menschen hilft und gerade durch dieses Engagement auch mehr christliche Gemeinde wird. Der Situation entsprechend stehen die Bemühungen um Mitmenschlichkeit und menschenwürdiges Leben in der Stadt im Vordergrund auch dieses Beitrages. Über die Art der Gottesdienste und der Verkündigung wird nur wenig berichtet; sie sind aber auf die fünf Ziele der Gemeinde (von den Aktionen bis zur „Hinführung des Menschen zum endzeitlichen Heil“) hingeeordnet. red*

Zur Katholischen St. Antoniusgemeinde Frankfurt/M. gehörten am 1. 5. 1972 11.126 Katholiken; davon waren 3526 ausländische Arbeitnehmer (= 31,7 Prozent): 1566 Jugoslawen (Kroaten und Slowenen), 1310 Italiener, 600 Spanier, 47 Portugiesen, 3 Türken. Unberücksichtigt bleiben in dieser Aufstellung alle anderen Ausländer, die in Handel, Banken, Versicherungen und im konsularischen Dienst tätig sind (ca. 400). Zur Kern- und Versammlungsgemeinde gehören ca. 900 Katholiken.

#### Gliederung des Pfarrgebietes

Das Pfarrgebiet gliedert sich in drei genau abgegrenzte Gebiete:

1. **Westend** am Cityrand (49,1 Prozent der Gemeindeglieder);
2. **Bahnhofsbezirk**, zur City gehörig, Frankfurter Vergnügungsviertel (24,5 Prozent der Gemeindeglieder);
3. **Gutleutviertel** am Cityrand, reines Wohngebiet (26,4 Prozent).

Die typischen Schwierigkeiten, die sich aus Profitopolis ergeben, treten im *Westend* auf, da der Bahnhofsbezirk und das Gutleutviertel wegen einer schon vorhandenen hohen Bebauungsdichte (noch) keinen Spekulationsanreiz ausüben<sup>1</sup>. Das *Westend* war ehemals *reines Wohngebiet*, am Cityrand gelegen, aufgelockert durch viele Grünflächen. Die aus der Gründerzeit erhaltene Bausubstanz (solide Bürgerhäuser, Villen) ist durchwegs gut<sup>2</sup>.

Das ehemalige Wohngebiet für Bankiers, Fabrikanten, Kaufleute und Angehörige des niederen Adels erfuhr nach dem Ersten Weltkrieg eine stärkere soziale Mischung. Große Villen wurden zu Mietshäusern umgebaut, große Wohnungen unterteilt. Der Grundbesitz verteilte sich auf viele einzelne Bürger. – Nach dem Zweiten Weltkrieg breitete sich immer stärker und unkontrolliert der tertiäre Sektor zunächst in Altbauten aus. Doch war diese Umwandlung des Wohncharakters noch nicht beunruhigend. Neubauten für Büronutzung entstanden zunächst nur auf Trümmergrundstücken. Familien, die einer Büronutzung weichen mußten, fanden im *Westend* ohne weiteres wieder eine angemessene Wohnung.

#### Interne Verwaltungsrichtlinien mit katastrophalen Folgen

Erst in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre trat ein grundlegender Wandel ein. Obwohl in den Bebauungsplänen das *Westend* als allgemeines Wohngebiet ausgewiesen war, wurde es durch zunächst nicht veröffentlichte interne Verwaltungsrichtlinien zum City-Erweiterungsgebiet erklärt. Man hatte sich hierzu durch die Aussicht auf hohe Gewerbesteuererinnahmen verleiten lassen, ohne zu bedenken, welche katastrophalen Folgen sich hieraus für die betroffene Bevölkerung ergeben würden. Das Ziel, durch private Bauherren eine Sanierung des *Westends* und eine Bereinigung des Stadtbilds zu erreichen, war völlig unangebracht, weil es nichts zu

<sup>1</sup> Rund 60% des sogenannten *Westends* gehören zur St. Antoniusgemeinde, etwa 40% zur St. Ignatiusgemeinde. Im folgenden beziehen sich die Angaben nur auf das Gebiet der St. Antoniusgemeinde.

<sup>2</sup> 46 Häuser – meist spätklassizistisch – stehen auf der Liste der offiziellen Kommission für Denkmalpflege im *Westend*. Weitere 215 Häuser sind auf der Liste der Aktionsgemeinschaft *Westend* e. V. aufgeführt, die als wertvolle Beispiele guter Architektur bzw. als Beispiele eines guten Wohnviertels erhalten werden sollten.



sanieren und zu bereinigen gab, von verschwindenden Ausnahmen abgesehen.

Die städtischen Planungsbehörden, die aus den Fehlplanungen amerikanischer Großstädte nichts gelernt hatten, unterlagen einem fundamentalen Trugschluß, als sie meinten, durch die freie Marktwirtschaft regle sich alles von selber. Aufgrund der Freigabe des Westends zum City-Erweiterungsgebiet, also zur Büronutzung mit hoher Ausnutzung, fing die Spekulation an. Sie bezog sich auf Grundstücke mit gesteigerter Erwartung auf Ausnützung für Büroraum<sup>3</sup>. 1960 betrug das Verhältnis von Büro- und Wohnungsnutzung etwa 20 : 80 Prozent, 1970 betrug es nur noch 46 : 54 Prozent.

Als Folge: menschliches Leid

Die Grundstücksverkäufe, Kündigungen und Abrisse nahmen so stark zu, daß sie sich für die betroffenen Bevölkerungsteile wie eine *Vertreibung* auswirkten. Die Mieten, auch in den Altbauten, stiegen. Wer seine Wohnung verlor, fand im Westend keine neue mehr, auch gegen höhere Mieten nicht. Denn zuviel Wohnraum war hier vernichtet worden.

Etwa 50 Personen, die wechselweise in verschiedener Gruppierung als Käufer auftreten, haben eine *Strategie des Ankaufs* und der *Vertreibung* entwickelt: Verlockende Angebote an die Hausbesitzer, u. U. auch PreSSIONen. Wenn der Hausbesitzer trotzdem nicht verkaufen will, Aufkauf von Nachbargrundstücken, Räumung dieser Häuser von den alten Mietern und Überbelegung mit Gastarbeitern. Hierdurch Schaffung von Zuständen, die den Wert der Nachbarhäuser beeinträchtigen, deren Besitzer dann eventuell doch noch verkauft.

Schließlich werden zur Erlangung der Baugenehmigung für ein Bürohochhaus die Nachbarrechte von den Eigentümern der an- oder gegenüberliegenden Grundstücke abgekauft, um die Abstandsregeln zu umgehen, zum Nachteil der Mieter, denen Licht und Luft genommen wird.

Ist ein Haus gekauft, wird allen Mietern gekündigt. Die Mieter lassen sich oft trotz

ihrer Mietverträge verjagen, oder sie lassen sich ihren Mietvertrag abkaufen und räumen bald ihre Wohnung. Meistens findet sich in jedem Haus zumindest eine Partei, die dazu bereit ist. Die betreffende Wohnung wird dann mit Gastarbeitern überbelegt – bis zu 42 Betten in einer Wohnung. Hierdurch oder durch Vernachlässigung des Hauses – keine Reparaturen mehr, kein warmes Wasser mehr, keine oder mangelhafte Heizung, Ausbau des Haustürschlosses, zu wenig Mülltonnen usw. – werden die restlichen Mieter zur Räumung gezwungen.

Die Pfarrgemeinde registrierte seit Mitte der sechziger Jahre:

- Die Zahl der deutschen *Gemeindemitglieder* nimmt wachsend ab (Kündigungen), die der ausländischen *Gemeindeglieder* nimmt zu (Überbelegungen, Flexibilität der Nutzung). Die Gesamtzahl bleibt etwa konstant. Während die Stadt Frankfurt am 31. 12. 1971 11 Prozent Gastarbeiter zählt, liegt die Zahl der katholischen Gastarbeiter in der St. Antonius-gemeinde bei 31,9 Prozent.

- Die *Alterspyramide* der Gemeinde zeigt sich noch normal, aber bei der Altersgruppe bis 30 Jahre ist die Zahl der Gastarbeiter unverhältnismäßig hoch; das gleiche gilt für die Deutschen der Altersgruppen über 50.

- Da die ausländischen *Gastarbeiter* unverschuldet und meist unbewußt in die Hände der Profitopolis arbeiten, indem sie nur kurzfristige Mietverträge abschließen oder auf bestimmten Schutzklauseln des Mietrechts nicht beharren oder – von abrißwilligen Hauseigentümern gern gesehen – Verslumungstendenzen Vorschub leisten, da die Deutschen andererseits geneigt sind, jede Lärmbelästigung und jedes Anzeichen von äußerer Unordnung als gegen sie gerichtet zu verstehen, entsteht ein von beiderseitigen Vorurteilen geprägtes *Klima der Unduldsamkeit*.

- Erst in diesem Stadium wird bewußt, daß das Problem der Gastarbeiter nur eine *Folgeerscheinung der maßlosen Kündigungen* ist. Der Versuch, mit Hilfe der ausländischen Missionen (Kroaten, Italiener, Spanier, Portugiesen) mit den Gastarbeitern über die Probleme des Westends ins Gespräch zu kommen, gestaltet sich sehr schwierig, da der Kontakt der Missionen zu ihren Landsleuten nur lük-

<sup>3</sup> In kurzer Zeit stiegen die Angebote für Grundstücke von seither etwa DM 500,-/qm bis DM 3000,-/qm im Jahre 1970. Bei einzelnen Schlüsselgrundstücken wurden sogar DM 5000,-/qm bis DM 8000/qm gezahlt.



kenhaft besteht. Eine Ausnahme sind die Kroaten, die eine lebendige Gemeinde (mit eigenen Pfarrgemeinderatswahlen bei hoher Wahlbeteiligung) bilden.

- Die Unduldsamkeit erstreckt sich in wachsendem Maße auch auf *Kinder und Jugendliche*, gleich, ob Gastarbeiter oder Deutsche. Früher war es den Kindern erlaubt, auf den Grünflächen und den Vorplätzen der Häuser zu spielen. Heute ist dies durchwegs untersagt, obgleich in diesem Teil des Westends (20.000 Einwohner) kein Spielplatz vorhanden ist.

Wegen des durch das starke Anwachsen des tertiären Sektors bedingten Straßenverkehrs (besonders der „ruhende Verkehr“ = unerlaubtes Parken) ist *keine Spielmöglichkeit* für Kinder auf den Straßen gegeben. Die Pfarrgemeinde handelt sich Strafanzeigen ein, weil sie ihre Räume für Tanzveranstaltungen und Beatproben junger Leute zur Verfügung stellt.

- Abendliche Veranstaltungen werden auf den Nachmittag verlegt; wo dies nicht möglich ist, wird ein *Begleitschutz für den Rückweg* eingerichtet. Dies ist nötig geworden, weil die aus dem Bahnhofsbereich sich ausufernde Prostitution und Zuhälterei im Westend als einem reduzierten Wohnviertel ein passendes Gebiet gefunden hat.

- Die seit 1970 erfolgten Hausbesetzungen entfachen eine lebhaft *Diskussion über die Eigentumsverhältnisse* im Westend und über die Sozialbindung von Grund und Boden.

#### Aktionsgemeinschaft Westend (AGW)

Am 17. 4. 1969 wird die Aktionsgemeinschaft Westend e. V. (AGW) aus freier Initiative der Bürger gegründet. „Der Verein ist ein Idealverein, der ausschließlich wohltätigen und gemeinnützigen Zwecken dient. Er bezweckt die Aktivierung von Frankfurter Bürgern für die Erhaltung und gegebenenfalls Neuplanung einer in der Öffentlichkeit zu diskutierenden gesunden Wohnstruktur des Westends von Frankfurt am Main. Der Verein will die bereits vorhandenen Bestrebungen von Körperschaften und Einzelpersonen koordinieren und möglichst zusammenfassen“ (§ 2 der Satzung der AGW). Bei der Gründung ist die Pfarrgemeinde durch ein Pfarrgemeinderatsmitglied vertreten, das später den offiziellen Auftrag des PGR erhält, die Zusammenarbeit der

Pfarrgemeinde mit der AGW zu koordinieren.

Im August 1969 gibt die AGW eine maßstabgetreue Karte des Westends heraus, auf der jedes einzelne Gebäude im Westend aufgeführt ist, geordnet nach folgendem Schema: Bürogebäude; überwiegend Büros; überwiegend Wohnungen; Wohngebäude; eingereichte Baugesuche; Hochhäuser; Abbrüche; leerstehende Häuser; an Gastarbeiter vermietete Häuser. Dies ist die Grundlage für jede weitere Arbeit. Aus den Vorarbeiten für diese Karte ergibt sich, daß sich 1969 innerhalb von fünf Monaten der Flächenbestand für Wohngebäude von 53,7 auf 50,2 Prozent erniedrigt hat.

#### Hearing der Pfarrgemeinde über Westendprobleme

Am 25. 9. 1969 veranstaltet die Pfarrgemeinde zusammen mit der evang.-luth. Matthäusgemeinde ein großes Hearing über die Westendprobleme. Eine Resolution wird an die Stadt Frankfurt gerichtet, in der ein Baugenehmigungsstopp für Bürobauten und eine sorgfältige Untersuchung und Planung über eine funktionsfähige Mischstruktur gefordert wird. Mit dieser Großveranstaltung tritt die Pfarrgemeinde auch in den Augen der Öffentlichkeit aus ihrer Zurückhaltung hervor. Während die AGW im Lauf der vergangenen drei Jahre vieles von den Städtischen Behörden erreichen kann (bevorzugte Wohnbebauung, Aufsicht über Nutzungsänderung, gemäßigteres Vorgehen bei Kündigungen, Verbesserung in einigen Massenquartieren, Bemühungen der Polizei, massierte Dirmenquartiere vom Westend fernzuhalten, Erhaltung der denkmalgeschützten Häuser, Erhaltung und Vermehrung des Baumbestandes), war und ist es *Aufgabe der Pfarrgemeinde*, durch konkrete Aktionen, die von einzelnen Gruppierungen getragen werden, eine *lebendige Gemeinde* zu bilden, die durch ihr eigenes Leben zeigt, daß Menschen trotz Profitopolis in einer Großstadt *menschenwürdig leben* können.

Daraus ergibt sich im Sinn des Rationalitätsprinzips<sup>4</sup> folgende aufgefächerte Zielhierarchie:

<sup>4</sup> Vgl. L. Hoffmann, Das Rationalprinzip in der Seelsorge, in: *Diakonia/Der Seelsorger* 1 (1970) 258-266.



1. *Kurzfristige Ziele*: bestimmte Aktionen, die entweder zeitlich begrenzt sind oder regelmäßig wiederkehren.

2. *Mittelfristige Ziele*: Bildung verschiedener Gruppierungen, die in enger Gemeindebindung diese Aktionen durchführen.

3. *Langfristiges Ziel*: *Aufbau einer lebendigen Kerngemeinde*, die über ein gewisses Maß von Lebensqualität verfügt und sich für die Fernstehenden öffnet.

4. *Säkulares Ziel der Gemeinde*: *Vermenschlichung des konkreten Wohnviertels* in der Frankfurter Innenstadt: „Die Stadt ist lebenswert“.

5. *Transzendentes Ziel der Gemeinde*: in Verkündigung, Gottesdienst, Diakonie: *Hinführung der Menschen zum endzeitlichen Heil*.

Es ist einfach, diese theoretische Zielhierarchie aufzustellen. Doch legten sich verschiedene Hindernisse in den Weg, die die Planung und Durchführung verzögerten:

Der Beginn der Amtsperiode des 1. Pfarrgemeinderats (PGR) lag im März 1969; viele strukturelle und technische Vorfragen mußten geklärt werden, bevor eine eigentliche Arbeit möglich war; manche PGR-Mitglieder resignierten vorab („Das Westend ist ja doch nicht mehr zu retten!“); die Last der schlechten Lebensbedingungen wirkte lähmend; es wurde von der „sterbenden Pfarrei“ gesprochen; die personelle Besetzung des Pfarramts verschlechterte sich durch das Offenbleiben der zweiten Kaplansstelle. Am 29. 4. 1969 erstellte der PGR zu Beginn seiner Arbeit eine Umschreibung der Seelsorge in der St.-Antonius-Gemeinde, aus der ersichtlich wurde, wie die Seelsorge innerhalb der Gemeinde geleistet werden soll und welche Aufgaben anzupacken sind. Es gelang aber nicht, einen Prioritätenkatalog für die weitere Arbeit zu erstellen. Erst am 13. 7. 1971 beschloß der PGR, die beiden Geistlichen zu bitten, eine Gesamtkonzeption der Seelsorge zu erstellen, um danach ein Schwerpunktprogramm für die kommende Zeit zu erarbeiten. In einer Klausurtagung des PGR am 3. und 4. 9. 1971 wurde eine eindeutige Reihenfolge der Wichtigkeit ausgesprochen: Mitmenschlichkeit (1), Verkündigung (2), Gottesdienst (3). Für jedes der drei Gebiete bildete sich ein Ausschuß, der seine Vorstellungen zusammenträgt.

Der zweite PGR, der am 5. 3. 1972 gewählt

wurde, kann auf der Grundlage dieser Überlegungen und Beschlüsse arbeiten.

Feststellungen und Konsequenzen im Bereich „Mitmenschlichkeit“

1. *Aktionen* (kurzfristige Ziele der Seelsorge) Sie wollen konkreten Mißständen abhelfen. Schon länger geübte Aktivitäten werden mit neuen Aktionsformen kombiniert.

1.1 Regelmäßig wiederkehrende Aktionen

1.11 *Feststellung*: Das Westend ist *kinderfeindlich*.

*Konsequenz*: Dreimal jährlich wird ein großes Kinderfest veranstaltet (Fastnacht, Fronleichnam, Martinstag), vom PGR-Ausschuß „Kinder und Jugend“ vorbereitet, mit der evangelischen Matthäusgemeinde abgesprochen und mit Hilfe der Jugendgruppen und eines freiwilligen Helferkreises durchgeführt (Werbung: Kinderbrief). Die Teilnahme ist für alle Kinder offengehalten; ca. 500 Kinder beteiligen sich regelmäßig.

1.12 *Feststellung*: Junge Familien mit Kindern finden *schwerlich Kontakte zu Gleichaltrigen* mit ähnlichen Problemen.

*Konsequenz*: Es bilden sich Familienkreise mit regelmäßigen Ausspracheabenden.

1.13 *Feststellung*: *Alte Menschen*, die im Westend wohnen, sind über das Maß hinaus *vereinsamt*.

*Konsequenz*: Einmal monatlich trifft sich der „Club 65“ – Menschen über 65 Jahre – zu gemeinsamem Gespräch bei Kaffee und Kuchen.

1.14 *Feststellung*: *Alte Menschen* sind von *Kündigungen*, *Wohnungswechsel* usw. besonders *betroffen*.

*Konsequenz*: Jeder wird an seinem 70., 75., 80. und an jedem weiteren Geburtstag von einem Geistlichen bzw. von freiwilligen Helfern besucht. Konkrete Schwierigkeiten werden angesprochen und Lösungen aufgezeigt.

1.15 *Feststellung*: Viele *Neuzugezogene* stehen der *Problematik* des Westends *hilflos gegenüber*.

*Konsequenz*: Alle Neuzugezogenen werden von der Gruppe der Legio Mariae aufgesucht; auf diese Weise wird eine erste Verbindung zur Gemeinde geknüpft.

1.16 *Feststellung*: Ein *persönlicher Kontakt* zu allen Gemeindegliedern ist *unmöglich*.



*Konsequenz:* Ein lückenloses Verteilungssystem des monatlichen Gemeindebriefs wird erstellt; Neuzugezogene erhalten ein Begrüßungsschreiben mit den wichtigsten Informationen; Kinder im schulpflichtigen Alter werden durch den zweimonatlich erscheinenden Kinderbrief informiert.

## 1.2 Zeitlich begrenzte Aktionen

1.21 *Feststellung:* Viele Gemeindeglieder sind nur *mangelhaft* über die wahren Verhältnisse im Westend informiert.

*Konsequenz:* Die Roverrunde (16- bis 19jährige Pfadfinder) bildet eine Arbeitsgruppe, in der sie sich unter Mitarbeit der AGW informiert; sie interviewt Westendbewohner und plant, zur Bewußtseinsbildung einen Film über das Westend herzustellen.

1.22 *Feststellung:* Der Baumbestand im Westend ist gefährdet.

*Konsequenzen:* Die Gruppe der Pfadfinder (14-16 Jahre) unterstützt den Arbeitskreis „Grüne Gruppe“ der AWG durch praktischen Einsatz. Nach Lockerung des Erdreiches über den Baumwurzeln werden Drainageröhren zur Belüftung und Bewässerung eingeführt.

1.23 *Feststellung:* Im Westend gibt es keine Spielplätze oder Spielstraßen für Kinder.

*Konsequenz:* Die Kindergruppen der Frohschar und Pfadfinder (Wölflinge) begehen das Westend und suchen nach Möglichkeiten für Spielplätze und Spielstraßen. Über die Elternbeiräte der Kinder- und Jugendgruppen soll eine Unterschriftensammlung durchgeführt werden, die zusammen mit konstruktiven Vorschlägen den städtischen Behörden übergeben wird.

1.24 *Feststellung:* Die Bewohner des Westends brauchen ein Forum, um ihre Nöte und Sorgen zu artikulieren.

*Konsequenz:* Die evangelische Matthäusgemeinde und die St.-Antonius-Gemeinde laden zu einem sehr gut besuchten Diskussionsabend mit dem Polizeipräsidenten, einem Richter und einem Staatsanwalt ein. Die Bürger äußern ihre konkreten Schwierigkeiten; es wird Abhilfe versprochen. Das Forum soll ständige Einrichtung werden.

1.25 *Feststellung:* Die Gastarbeiter tragen erheblich zu den Verslumungserscheinungen des Westends bei.

*Konsequenz:* Die Pfarrgemeinde garantiert in Verbindung mit den ausländischen Missionen die Verteilung eines von der AGW verfaßten Merkblattes an die ausländischen Arbeitnehmer.

1.26 *Feststellung:* Die Kinder ausländischer Gastarbeiter besuchen zwar gemeinsam mit den deutschen Kindern die Schule, sind aber in den Kindergruppen der Gemeinde anteilmäßig nur schwach vertreten.

*Konsequenz:* Die Gruppenleiter bemühen sich um verstärkte Heranziehung der ausländischen Kinder.

## 2. Gruppierungen (mittelfristige Ziele der Seelsorge)

Um die genannten Aktionen durchzuführen, braucht die Gemeinde feste Gruppierungen. Erforderlich sind:

### 2.1 Sachliche und fachliche Information

Der gute Wille der Gruppierungen hilft nicht weiter, wenn die Ausgangslage und das „know how“ der Abhilfe unbekannt sind. Die notwendige Information geschieht durch:

2.11 *ständigen wechselseitigen Kontakt zur AGW* (Gruppen als Verteiler und Multiplikatoren der von der AGW herausgegebenen Informationen; Kaplan als Mitglied des Vorstandsbeirates der AGW);

2.12 *Informationsgespräche* im Plenum des PGR;

2.13 *Fallbesprechungen* im Caritasausschuß, im Helferinnenkreis, in den Jugendgruppen.

### 2.2 Bindung der Gruppen an die Gemeinde

Hier liegt die Erkenntnis zugrunde, daß die gemeinsame Arbeit nicht in privaten Zirkeln geleistet werden kann, sondern ihr Ziel nur innerhalb der größeren Gemeinschaft der Gemeinde erreicht. Während die Frauen- und Männerkreise traditionell stark an die Gemeinde gebunden waren, mußte die Gemeindebindung von den Jugendgruppen erst erlernt werden; heute ist sie selbstverständlich.

### 2.3 Suche nach neuen Mitarbeitern

Die ständige Fluktuation legt diese Erkenntnis vom Äußeren her nahe. Zudem ist es unverantwortlich, daß die gesamte Arbeit ständig von denselben Personen getan wird. Es hat sich bewährt, daß die Kinder- und Ju-



gendgruppen einen Elternbeirat gewählt haben und daß die Gruppen im Team geleitet werden (Gruppenleiter und Assistenten).

#### 2.4 Schaffung eines Aktionszentrums

Es soll die einzelnen Gruppen der Jugendlichen und Erwachsenen in ihren Aktionen koordinieren (geplant!).

### 3. *Gemeinde* (langfristiges Ziel der Seelsorge)

Es erscheint notwendig, die verschiedenen Aktionen der Gruppierungen in das Gesamt der Gemeindebildung einzubringen. Unter dem Stichwort „Gemeinde“ vereinen sich viele Probleme, nicht zuletzt auch die Erschwernis, daß neben dem Westend auch der Bahnhofsbereich und das Gutleutviertel zur Gemeinde gehören. Die Diskrepanz zwischen Gesamtgemeinde (11.126 Katholiken) und Kerngemeinde zeigt sich überdeutlich an der Zahl der sonntäglichen Gottesdienstbesucher: 796 deutsche Katholiken in 5 Gottesdiensten, 1268 Kroaten in einem einzigen Gottesdienst (Zählung am 26./27. 2. 1972).

Also darf die lebendige Kerngemeinde sich nicht mehr selbst genügen. Neben den PGR-Arbeitsgruppen „Verkündigung“ und „Gottesdienst“ erstellt die Arbeitsgruppe „Mitemenschlichkeit“ am 26. 11. 1971 ein Arbeitspapier, in dem zum Thema „Offene Gemeinde“ folgende Forderungen aufgeführt sind:

#### 3.1 Die Fernstehenden

3.11 Schaffung einer Kontaktstelle oder eines Aktionszentrums.

3.12 Elterngespräche zur Kinder- und Jugendarbeit.

3.13 Bildung weiterer Familiengruppen.

3.14 Missionarisches Wirken der Pfarrgruppen durch persönliches Ansprechen von Fernstehenden.

#### 3.2 Ökumene

Zu den vielseitigen Aufgaben möge der neue PGR neben dem schon bestehenden ökumenischen Pfarrgemeinderat (Christenrat) noch einen eigenen PGR-Ausschuß „Ökumene“ berufen.

#### 3.3 Der Dienst in der Gesellschaft

3.31 Benennung eines neuen Verbinders zur AGW; Werbung zur Mitarbeit in der AGW, Mitgliedschaft in der AGW; Befürwortung

des von einer Jugendgruppe geplanten Films über das Westend.

3.32 Engerer Kontakt zu den ausländischen Missionen durch Beauftragte des PGR, Gedankenaustausch mit den Eltern der ausländischen Schulkinder.

3.33 Problemkreis: Angestellte im Hotel- und Gaststättengewerbe (80 Prozent aller Fremdbetten Frankfurts liegen auf dem Gebiet der Pfarrei). Besprechung mit Inhabern von Hotels und Gaststätten; Einladung zu Sondergottesdiensten zu günstigen Zeiten.

3.34 Problemkreis: *Dirnen und Zuhälter*. Gespräche mit Gruppen, die sich schon mit diesem Problem befaßt haben (Legio Mariae).

#### 3.4 Die Öffentlichkeitsarbeit

Berufung eines Pressebeauftragten; sachgerechte Aufteilung der neuen Schaukästen; Benennung des „Problems der Woche“ im sonntäglichen Gottesdienst.

### 4. *Vermenschlichung des Wohnviertels* (säkulares Ziel der Gemeinde)

Wenn die Verantwortlichen der Gemeinde dieses Ziel aussprechen, sind sie sich bewußt, daß es sehr hoch gesteckt ist. Bei einer Kern- und Versammlungsgemeinde von nur noch 10 Prozent erscheint die Erreichung des Zieles fast utopisch. Aber hier liegt die Aufgabe der Antoniuspfarre als Gemeinde.

#### 4.1 Kontaktmöglichkeiten

4.11 *Zusammenarbeit mit den evangelischen Gemeinden* (Westend: Matthäusgemeinde; Bahnhofsbereich: Weißfrauengemeinde; Gutleutviertel: Gutleutgemeinde). Die Zusammenarbeit mit der Matthäusgemeinde steht auf solidem Fundament (ökumenischer Pfarrgemeinderat; regelmäßige ökumenische Gottesdienste und Bibelkreise, verschiedene gemeinsame Veranstaltungen, Kontakte zur AGW), kann aber noch intensiviert werden. Zu den beiden anderen evangelischen Gemeinden sind keinerlei offizielle Kontakte vorhanden.

4.12 *Wechselseitiger Informationsaustausch mit der AGW*

4.13 *Schaffung eines ständigen Kontaktes zu den Kommunalpolitikern und den städtischen Behörden.*

Eine wertvolle Hilfe bedeutet dabei die Kon-



stituierung der sogenannten Ortsbeiräte, ein in Hessen geplanter Versuch, auf subkommunaler Ebene politische Meinungsbildung und Mitspracherecht zu ermöglichen.

#### 4.2 Inhaltliche Schwerpunkte

4.21 *Durchsetzung einer funktionalen Mischstruktur* (Neben- und Ineinander von Arbeitsstätten und Wohn- und Lebenssphäre) unter besonderer Berücksichtigung der *sozialen Mischung*, damit ein standortbegünstigter, dünkelerzeugender Schichtenabschluß vermieden wird. Es kann nicht Sinn einer neuen Stadtgestaltung sein, daß neben Bürohochhäusern renditeträchtige hochgeschossige Luxuswohnhäuser erwachsen (Sanierung!?), die einer privilegierten Schicht vorbehalten sind. Die noch im Westend wohnende Bevölkerung darf nicht anstatt dem Bürobau dem Luxuswohnbau zum Opfer fallen (also architektonische Mischstruktur – Denkmalspflege).

4.22 *Positives Miteinander von Deutschen und Ausländern* in einem vorurteilsfreien Klima der gegenseitigen Achtung. Im Konkreten bedeutet dies: Interessensvertretung ausländischer Mitbürger; Beseitigung aller menschenunwürdigen Unterkünfte; Maßnahmen gegen Verslumung; Sorge für gleiche Bildungschancen der ausländischen Schüler (Stütz- und Nachhilfeunterricht); Integration der Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen in die vorhandenen Gruppierungen, bei Wahrung einer gewissen Selbständigkeit ihren eigenen Kulturkreis betreffend; Aktivierung der ausländischen Missionen und Konsulate.

#### 4.23 Abbau des stark angewachsenen Antisemitismus

Da ein Teil der Neuanwärter jüdische Geschäftsleute sind, haben die – auch von der jüdischen Gemeinde kritisch betrachteten – Spekulationskäufe einseitig antisemitische Äußerungen in der Bevölkerung hervorgeufen. Von der christlichen Gemeinde ist ein Dienst der Versöhnung gefordert. Derzeit wird geprüft, wie christliche und jüdische Vertreter der Gemeinden zu einem Gespräch zusammengeführt werden können.

4.24 *Stiftung von Zentren der Begegnung* Bau eines internationalen Kindergartens (St.-Antonius-Gemeinde) und eines Altenwohnheims (Matthäusgemeinde).

#### 5. *Hinführung des Menschen zum endzeitlichen Heil* (transzendentes Ziel der Gemeinde)

Dieses Ziel ist die Endstufe in der aufgezeigten Zielhierarchie. Im Gegensatz zu den vorangehenden Zielen ist seine Erreichung nicht kontrollierbar. Was in der Gemeinde in Verkündigung, Gottesdienst und Diakonie geschieht, ist stufenmäßig auf dieses Ziel ausgerichtet.

Wenn in den vorausgegangenen Ausführungen vom Thema her meist von der Diakonie die Rede war, dann ist selbstverständlich vorausgesetzt, daß Verkündigung und Gottesdienst die soziale Problematik einschließen müssen, wenn sie nicht an den Menschen vorbeigehen wollen.

Gleichfalls muß die Diakonie bei aller Perfektion im Auge behalten, aus welchen Impulsen heraus sie tätig wird, aus dem Evangelium Jesu Christi, und zu welchem Ziel sie die Menschen führen will, zur Vollendung in Gott.

## Werenfried Wessel

### „Wer mitmacht erlebt Gemeinde“

Zwischenbilanz der Franziskus-Gemeinde Dortmund-Scharnhorst

Fünf Jahre sind eine lange – aber in der Geschichte einer Gemeinde wiederum eine recht kurze Zeit. Wie kann in einer am Reißbrett entworfenen, über Nacht aus dem Boden wachsenden Satellitenstadt eine christliche Gemeinde entstehen? Vor diesem Problem stand ein Team von vier Franziskanern, das neben ihrem (bis heute) überregionalen Auftrag in der Jugendpastoral mit der Leitung einer Gemeinde betraut wurde, die noch gar nicht existierte. Wie fing man im Frühjahr 1968 an? Was ist seitdem geworden?\*

\* In Form eines Buches legt die Franziskus-Gemeinde in Dortmund-Scharnhorst eine „Zwischenbilanz“ vor, in der sie mit den ersten pastoralen Schritten beginnend ihr Gemeindeverständnis und ihr Seelsorgekonzept vorlegt: *Wer mitmacht erlebt Gemeinde*, hrsg. vom Team der Franziskanerpatres Petrus Gorges, Reinhard Kellerhof, Klemens Weber, Werenfried Wessel, Limburg 1973.